

Wirtschaft, Bürgerrechte und Sicherheit. Lukaschenko skizzierte die strategischen Richtungen der Entwicklung des Unionsstaates



MINSK, 6. Dezember (BelTA)

Am 6. Dezember skizzierte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko auf der Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates mehrere strategische Richtungen für die weitere Entwicklung des Integrationsverbandes.

"In erster Linie geht es darum, den Ballast der Probleme abzuwerfen, mit denen wir uns seit Jahren herumschlagen. Ich glaube, dass die wichtigste Aufgabe darin besteht, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik umzusetzen und die Gleichberechtigung der Bürger in unserem Unionsraum zu gewährleisten. Es ist uns noch nicht gelungen, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unserer Union zu erreichen, die es uns ermöglichen würde, unsere Entwicklung auf lange Sicht zu planen und uns vor dem äußeren Umfeld und den verschiedenen Herausforderungen zu schützen", sagte der Staatschef.

Über eine einheitliche Wirtschaftspolitik

Die Instrumente zur Lösung dieser Aufgabe liegen aus seiner Sicht auf der Hand: eine koordinierte Industriepolitik, gemeinsame Konzepte zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit, ein Energiebinnenmarkt, die konsequente Realisierung der technologischen Souveränität und eine rationale Importsubstitution. Wichtig sei auch der Abbau noch bestehender bilateraler Handelshemmnisse.

"Wir haben bereits gemeinsame Projekte in Bereichen wie Mikroelektronik, Werkzeugmaschinen, Flugzeug- und Schiffbau auf den Weg gebracht. Aber bisher

kommen wir nicht sehr schnell voran. Bislang sind nur 27 importsubstituierende Projekte in der Umsetzung. Für den gemeinsamen Markt von Belarus und Russland mit einem geschätzten BIP von insgesamt 2 Billionen US-Dollar sollte diese Zahl meiner Meinung nach hundertmal höher sein", sagte Alexander Lukaschenko.

Sowohl Belarus als auch Russland würden von solchen Projekten profitieren, betonte der Präsident. Durch die Zusammenarbeit werden in beiden Ländern neue Arbeitsplätze geschaffen und innovative Produkte entstehen.

Ein weiterer wichtiger Schritt beim Aufbau der Union sei die Einigung auf die Schaffung eines einheitlichen Strommarktes. "Damit ein faires und gerechtes wirtschaftliches Umfeld funktionieren kann, erwarten wir die baldige Einführung einheitlicher Märkte für Gas, Öl und Ölprodukte", so der Präsident.

Gleiche Rechte für die Bürger

Welche Ziele Belarus und Russland beim Aufbau des Unionsstaates auch verfolgen, die wichtigste Zielgruppe seien ihre Bürger, betonte Alexander Lukaschenko.

"Diejenigen, die an uns glauben und uns vertrauen, erwarten eine aufmerksame Reaktion auf ihre Bedürfnisse und Forderungen. Ein besonderes Anliegen ist es daher, die Gleichberechtigung der Bürger von Belarus und Russland zu gewährleisten", so der Staatschef. - Im letzten Vierteljahrhundert wurden viele Probleme in den Bereichen Migration, soziale und Arbeitsbeziehungen sowie Gesundheit gelöst."

Es gibt keine Einschränkungen der Freizügigkeit auf dem Territorium der beiden Staaten. Die Gleichberechtigung im Bereich der Erwerbstätigkeit, die Anerkennung der Berufserfahrung und der Arbeitsschutz sind gewährleistet. Renten- und Sozialversicherungsfragen sind geklärt. Die ambulante und notfallmedizinische Versorgung steht allen Bürgern zur Verfügung. Allein im Jahr 2023 wurden rund 60.000 russische Staatsbürger in Belarus medizinisch versorgt. Familien mit Kindern und bestimmte Bevölkerungsgruppen erhalten Unterstützung.

"Und was uns sehr freut: Belarus ist an allen Feiertagen und generell das attraktivste Land für touristische Reisen in einem so großen Land wie Russland", sagte der Präsident. - Aber es bleibt noch viel zu tun. Jeder sollte alle Vorteile unserer Union in der Praxis erleben, ohne Einschränkungen", sagte der Präsident.

Über Transport und Logistik

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass die belarussischen Exporte über russische Häfen abgewickelt werden, was beiden Seiten Vorteile bringe. Auf der einen Seite entlaste es Belarus von der Organisation der Exportlogistik, auf der anderen Seite erhöhe es die Gewinne der russischen Unternehmen erheblich.

"Aber es gibt noch viele ungenutzte Reserven. Das Projekt des Nördlichen Seeweges wird derzeit umgesetzt. Wir haben bereits versucht, Güter über diese Route zu transportieren - es funktioniert gut", sagte der Präsident.

Die russischen Partner arbeiten außerdem an einem Pilotprojekt für eine Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Moskau und St. Petersburg. "Wir rechnen mit einer Fortsetzung auf der Strecke Moskau - Minsk. Ihre Aussage, Wladimir Wladimirowitsch, dass es eine solche Hauptstrecke von Moskau über Minsk nach Brest geben wird, hat die Belarussen ermutigt, denn von Minsk nach Moskau reisen so viele

Menschen, dass wir kürzlich gezwungen waren, zwei zusätzliche Züge einzusetzen", sagte der Staatschef.

Militärische und politische Sicherheit

"Das Leben selbst zwingt uns, der Verteidigungsfähigkeit unserer Staaten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit der Unterzeichnung des Staatlichen Sicherheitskonzepts der Union und des zwischenstaatlichen Vertrags über Sicherheitsgarantien erreichen wir ein noch nie dagewesenes Niveau der strategischen Allianz und der Koordinierung von Aktionen im militärischen Bereich", sagte Alexander Lukaschenko.

Er werde die Verletzung der territorialen Integrität von Belarus und Russland verhindern, die Souveränität und Unabhängigkeit bewahren und vor allem den Bürgern beider Länder ein friedliches Leben garantieren.



"Nur unsere Absicht, diesen Vertrag zu unterzeichnen, hat unsere, wie Sie sagen, "Partner" im Westen übermäßig erregt. Das ist wahrscheinlich nicht schlecht: Sie haben es gemerkt", sagte der Präsident.

Planung und Umverteilung von Arbeitskräften

Das Staatsoberhaupt wies darauf hin, dass der russische Arbeitsmarkt jedes Jahr eine beträchtliche Anzahl von Belarussen anzieht, was zu einem Mangel an Arbeitskräften in der Republik selbst führt.

"Das ist das gleiche Problem wie in Russland. Wir brauchen eine koordinierte Politik in diesem Bereich und effektive rechtliche Mechanismen, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen", betonte der belarussische Staatschef.

Alexander Lukaschenko fügte hinzu, dass die Agenda des Unionsstaates immer

besondere, heilige Themen enthalte. Im Mai 2025 werden Belarussen und Russen gemeinsam mit anderen Völkern der ehemaligen UdSSR, die diese Werte teilen, den 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg feiern.

"Dies ist das wichtigste denkwürdige Datum für unsere Völker, die durch eine gemeinsame Geschichte verbunden sind und sich geistig und kulturell nahe stehen. Wie unsere Vorfahren vor 80 Jahren werden wir am 9. Mai auf dem Roten Platz gemeinsam der Opfer dieses schrecklichen Krieges gedenken und den bedeutenden Jahrestag des historischen Sieges des sowjetischen Volkes über den Faschismus feiern", sagte der Präsident.

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass die Tagesordnung dieses Treffens wie immer sehr umfangreich sei. Sie umfasst konkrete Themen, die für die Bürger beider Länder von Bedeutung sind und die dazu beitragen werden, das Funktionieren der Volkswirtschaften zu verbessern und die Sicherheit von Belarus und Russland zu stärken.

Lukaschenko bittet Putin um Stationierung des Oreschnik-Raketensystems in Belarus

MINSK, 6. Dezember (BeITA)

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin gebeten, das neueste russische Raketensystem Oreschnik in Belarus zu stationieren. Den entsprechenden Vorschlag machte das Staatsoberhaupt im Obersten Rat für Staatssicherheit in Minsk.

Das Staatsoberhaupt erklärte, Belarus sei sehr besorgt über die Situation in Westeuropa, insbesondere in der Nähe der belarussischen Grenzen zu Polen und Litauen. "Wir sehen darin eine noch größere Gefahr als in der kriegführenden Ukraine", betonte er. Der Präsident wies darauf hin, dass polnische und litauische Truppen in unmittelbarer Nähe der belarussischen Grenze stationiert sind, während NATO-Truppen aus anderen Staaten, darunter Deutschland, dorthin verlegt werden. "Die Situation ist also sehr angespannt. Polen gibt viel Geld aus, um seine Armee aufzurüsten. Wenn sie mit uns in Frieden leben wollen, wie sie sagen, warum geben sie dann Milliarden Dollar für Rüstung aus? - fragte Alexander Lukaschenko rhetorisch. - Kurz gesagt, wir sind sehr besorgt. Und es ist bereits eine Bedrohung für unsere gemeinsame Gruppierung (des Unionsstaates)".

In diesem Zusammenhang wandte sich der Präsident an Wladimir Putin: "Ich möchte Sie öffentlich bitten, die neuen Waffensysteme, insbesondere Oreschnik, auf dem Territorium von Belarus zu stationieren. Das würde die erhitzten Gemüter ernsthaft beruhigen, die schon bereit sind, gegen Belarus in den Krieg zu ziehen". Eine solche Stationierung sei auch im Rahmen des kürzlich verabschiedeten Sicherheitskonzepts und des Vertrags über Sicherheitsgarantien im Unionsstaat sinnvoll.

"Wir haben bestimmte Orte, wo wir diese Waffen stationieren können. Unter einer einzigen Bedingung - dass die Ziele für diese Waffen von der militärisch-politischen Führung von Belarus bestimmt werden. In der Zwischenzeit, wenn das passiert (eine positive Entscheidung über die Stationierung in Belarus), werden Sie uns für den Einsatz dieser Waffen ausbilden, so dass die Spezialisten der Russischen Föderation Oreschnik warten und auf bestimmte Ziele abfeuern werden. Sie wissen, wie das geht, Sie haben es vor kurzem demonstriert", sagte Alexander Lukaschenko.

Seiner Meinung nach würde dies die Verteidigung des Unionsstaates und natürlich auch des belarussischen Territoriums wesentlich stärken.

Der Präsident erinnerte daran, dass die Stationierung russischer taktischer Nuklearwaffen in Belarus auf seine Bitte hin häufig zu Vorwürfen geführt habe. Im Fall von Oreschnik gebe es keinen Grund für solche Vorwürfe, da es sich nicht um eine Nuklearwaffe handle. Zwar sei der Schaden, den Oreschnik anrichte, unter bestimmten Bedingungen mit dem eines Nuklearschlags vergleichbar, doch werde das Territorium nicht durch Strahlung verseucht.

Alexander Lukaschenko betonte, dass er diese Forderung nicht nur in seinem eigenen Namen, sondern im Namen des gesamten belarussischen Volkes stelle.